

Artikel von Bundeskanzler Gerhard Schröder

"Afrika bekennt sich zu seiner Eigenverantwortung"

am 26. Juni 2002 in der "Süddeutschen Zeitung", der "International Herald Tribune", in "Le Monde" sowie in "La Republicca" erschienen.

Beim Gipfeltreffen der acht großen Industrienationen (G 8) Ende Juni 2002 in Kananaskis/Kanada sind die Staatschefs von Südafrika, Nigeria, Senegal, Algerien und Ägypten eingeladen, über die "Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung" (NePAD) und über den Afrika-Aktionsplan der G 8 zu sprechen. Wir brauchen eine intensivere Partnerschaft mit Afrika - einem Kontinent, der das Potential zu großem Reichtum hat, dessen Wirklichkeit aber von Unterentwicklung, Armut und Hunger geprägt ist. Unsere heutige Welt ist reicher, als es die Menschen auf der Erde je gewesen sind. Und es ist eben nicht nur so, dass wir es uns leisten können, Armut und Epidemien zu überwinden. Sondern wir können es uns nicht leisten, dass viele hundert Millionen Afrikaner weiterhin unter Armut und Unterentwicklung leiden.

Wir brauchen mehr Partner und weniger Verlierer; nur dann wird unsere Welt auch insgesamt sicherer. Schon deshalb müssen wir Wachstum und Wohlstand in Afrika fördern. Ich warne allerdings davor, auf schnelle Erfolge zu hoffen, die mit spektakulären Aktionen erreichbar scheinen, aber kaum nachhaltig sein können. Es geht auch nicht um eine Art "Marshall-Plan" für Afrika; denn die Bedingungen sind nicht der Situation in Europa nach 1945 vergleichbar.

Vielmehr stehen wir vor einem langen Prozess, bei dem die Grundlagen und Rahmenbedingungen für eine stabile afrikanische Zusammenarbeit geschaffen werden müssen. Es geht um die Teilhabe Afrikas an den Gewinnen der Globalisierung und um Afrikas Beitrag zur Gestaltung der Welt. Afrikas Politiker haben erkannt, dass sie für die Lösung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme ihrer Länder in erster Linie selbst verantwortlich sind. NePAD betont nachdrücklich die Eigenverantwortung Afrikas für seine Zukunft.

Konfliktlösungen und Konfliktprävention haben höchste Priorität - denn ohne Frieden, Sicherheit und friedliches Zusammenleben in den einzelnen Ländern sind Fortschritte nicht möglich. Korruption und schlechtes, nicht demokratisch kontrolliertes Regieren müssen überwunden werden. Die Förderung von Menschenrechten, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und institutionellen Reformen sowie das Streben nach regionaler Zusammenarbeit werden intensiviert. Ein wirksamer politischer Überprüfungsmechanismus soll die erreichten Fortschritte feststellen und sichern helfen. Dies alles sind wesentliche Voraussetzungen für die Fortentwicklung einer Zivilgesellschaft, für Privatinitiativen, Investitionen, Handel und Nutzung des internationalen Finanzsystems.

Es gibt positive Signale aus Afrika. Ausländische Privatinvestitionen haben sich erhöht, die Exporte steigen, die Kapitalproduktivität hat sich verbessert. Die notwendige Verbreiterung der Produktionsstruktur und die Ausweitung des Handels untereinander durch den Abbau von Handelsschranken und Verbesserung der Infrastruktur könnten sich als Schlüssel zu mehr Wachstum erweisen. Es ist sinnvoller, regionale Wirtschaftskooperation anzustreben - wo immer das möglich ist -, als darauf zu warten, dass groß dimensionierte Infrastrukturvorhaben von der internationalen Gemeinschaft aufgegriffen und finanziert werden. Dass afrikanische Länder Schwierigkeiten bei der Vermarktung ihrer Produkte haben, liegt auch daran, dass die regionalen Märkte nicht hinreichend entwickelt sind - hier können und müssen wir helfen.

Die Industrieländer werden positiv, aktionsorientiert und im Geiste vertiefter Partnerschaft auf die afrikanische Eigeninitiative reagieren. Mir ist wichtig herauszustellen, dass NePAD in erster Linie ein politisches Programm ist, das wir mit politischen Inhalten und Initiativen füllen müssen.

Es ist nicht damit getan, den Transfer von Ressourcen nach Afrika zu sichern oder zu steigern. Deutschland wird dennoch auch auf diesem Gebiet seiner Verantwortung gerecht werden und den Reformprozess in Afrika weiter fördern. Ich verweise auf die Selbstverpflichtung der Europäischen Union, die Öffentliche Hilfe bis zum Jahre 2006 zu erhöhen, wie wir das im mexikanischen Monterrey verkündet haben. Oder auf die Entschuldungsinitiative von Köln, von der 26 Länder, davon 22 hochverschuldete afrikanische Länder, durch eine Verringerung ihres Schuldenstandes um 40 Milliarden Dollar profitiert haben.

Deutschland wird im Rahmen der Initiative rund 5 Milliarden Euro bilaterale Schulden erlassen und mit rund 2,5 Milliarden Euro zum multilateralen Schuldenerlass beitragen. Bei besonderen Reformanstrengungen bin ich bereit, mich auch bei den anderen G 8-Partnerländern für weitere Entlastungen einzusetzen. Auch die Hilfe im Rahmen der Internationalen Entwicklungsorganisation könnte zu einem beträchtlichen Teil von Krediten auf Zuschüsse umgestellt werden. Hier muss aber noch Überzeugungsarbeit außerhalb der G 8 geleistet werden.

Afrika kann sich nur weiterentwickeln, wenn es seine Produkte auf den Weltmärkten zu fairen Bedingungen anbieten kann. Deshalb müssen wir Schluss machen mit marktverzerrenden Subventionen in Industrieländern, wir müssen Handelshemmnisse abbauen und Zölle reduzieren, um den Entwicklungsländern den Zugang zu den Märkten der Industrieländer zu erleichtern. Die Europäische Union hat mit ihrer Marktöffnungsinitiative: "Alles außer Waffen" für die ärmsten Entwicklungsländer eine Vorreiterrolle gespielt. Auch die anderen G 8-Partner haben im letzten Jahr in Genua angekündigt, ihren Verpflichtungen nachkommen zu wollen. Auf der Welthandelskonferenz in Doha ist eine neue Runde von Verhandlungen zur weiteren Handelsliberalisierung beschlossen worden, von der auch Afrika profitieren wird - insbesondere dann, wenn es seine internen Strukturen entsprechend ausrichtet.

Afrikas Zukunft liegt in afrikanischen Händen. Die reichen Industrieländer werden einzeln und zusammen - in Unterstützung der im Jahre 2000 von allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen vereinbarten Millenniumsziele, die bis zum Jahre 2015 erreicht werden sollen - in besonders ausgewählten Sektoren

unterstützend helfen. Wir wollen konkrete Maßnahmen ergreifen, um Frieden und Sicherheit zu fördern, etwa, indem wir schärfer gegen illegalen Waffenhandel vorgehen und aktive Hilfe bei der Beseitigung von Anti-Personen-Minen leisten. Die Stärkung von Institutionen, von Regierungsstrukturen und guter Regierungsführung ist ein weiteres grundlegendes Element der Zusammenarbeit. Die stärkere Integration Afrikas in die Weltwirtschaft soll unterstützt werden. Wir müssen auch neue Wege finden, Wissen und Ausbildung zu fördern und den afrikanischen Ländern die Techniken des digitalen Zeitalters zu erschließen. Die Faustregel lautet: Ein Jahr Schulbildung erhöht das Haushaltseinkommen um zehn Prozent.

Ein guter Ansatz ist auch der Aktionsplan der Weltbank mit dem Motto: "Bildung für alle". Deutschland plant eine Verdoppelung der Förderung von Investitionen in die Grundbildung in Entwicklungsländern innerhalb von fünf Jahren.

Auch die Gesundheitsversorgung muss erheblich verbessert werden. Mehr als 8000 Menschen auf der Welt sterben jeden Tag an AIDS, ein beträchtlicher Teil davon in Afrika. Jeder vierte Todesfall geht auf Epidemien oder Krankheiten, die durch Unterernährung bedingt sind, zurück. Es ist ein Erfolg, dass aus dem Globalen Gesundheitsfonds bereits Vorhaben in 31 Ländern in Höhe von 378 Millionen Dollar zugesagt werden konnten. Ich werde mich dafür einsetzen, dass Afrika dabei besonders berücksichtigt wird.

Zur Ernährungssicherung ist der Welternährungsgipfel in Rom übereingekommen, dass eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität erforderlich ist sowie ein besseres Management der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln. Wasser und Abwasserentsorgung sind für die Gesundheit wie für die Nahrungsmittelproduktion überlebensnotwendig. Hier werden wir helfen.

Ich habe allen Anlass zu glauben, dass Afrikas Regierungen ihre Selbstverpflichtung und Eigenverantwortung ernst nehmen und ihre Beschlüsse in konkrete Politik umsetzen. Dann wird unsere Partnerschaft mit Afrika zu einer Plattform für eine neu definierte, tragfähige und stabile Beziehung nicht nur zwischen Afrika und den G 8-Staaten, sondern auch zwischen Afrika und der Europäischen Union und insbesondere mit Deutschland werden. Das Abkommen der Europäischen Union von Cotonou mit Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika ist in vielen Bereichen bereits ein gutes Beispiel für eine fundierte Partnerschaft.

Der europäische Integrationsprozess, gegründet auf Interessenausgleich, soziale Verantwortung und Zusammenarbeit, könnte als Modell für Afrika dienen, ohne dass wir den afrikanischen Ländern bestimmte Modelle vorschreiben wollen. Wir sind bereit, unsere Erfahrungen weiter zu geben, um die so wichtige regionale Zusammenarbeit, für die es im südlichen Afrika bereits erfolgreiche Beispiele gibt, zu fördern. Der Gipfel von Kananaskis bietet eine Gelegenheit, die wir nicht verpassen dürfen: im Dialog mit unseren afrikanischen Partnern ein überzeugendes und verantwortungsvolles Aktionsprogramm zur Unterstützung guter und erfolgversprechender afrikanischer Politik zu beschließen.

Mit freundlicher Genehmigung von der Süddeutschen Zeitung (www.sueddeutsche.de) und der DIZ München GmbH (www.diz-muenchen.de)